

**TOP:** 10**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

**Federführendes Amt** :Hauptamt

Datum

25.11.2019

Drucksache-Nr.:01-126-2019

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Kultur- und Sozialausschuss	19.11.2019	Empfehlung				
Stadtverordnetenversammlung	12.12.2019					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Vorbereitung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zu Kindertagesstätten und Kindertagespflege im Landkreis Oberhavel**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Vorbereitung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Landkreis Oberhavel und der Stadt Kremmen zu den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
----------	-------------	-----

Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja.....	Nein.....	Enthalt.....
-----------------	---------------	---------	-----------	--------------

Laut Vorlage.....	Abweichende Vorlage
-------------------	---------------------

eingbracht durch :Bürgermeister  
 Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....  
 Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

**Problembeschreibung/Begründung**

Kindertagesstätten und Kindertagespflege haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich aus dem Brandenburgischen Kindertagesstättengesetz (KitaG) ergibt. Die bedarfsgerechte Betreuung ist ein wesentlicher Faktor bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist damit ein wichtiges Instrument der Infrastruktur für die Menschen des Landkreises Oberhavel.

Zur Sicherstellung der gemeinsamen Aufgabenstellungen und der Finanzierung der Kindertagesbetreuung ist beabsichtigt, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Landkreis Oberhavel und den Kommunen abzuschließen. Dieser wird insbesondere nötig, da der seit 2004 bestehende Vertrag zum 31.12.2020 gekündigt ist.

Ziel dieser Absichtserklärung ist zunächst die Vorbereitung und der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Kindertagesbetreuung zwischen dem Landkreis Oberhavel und den Kommunen im Landkreis.

Diese Absichtserklärung verpflichtet keinen der unterzeichnenden Vertragsparteien zum Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Alle Vertragsparteien bestätigen jedoch die Ernsthaftigkeit der Verhandlungen und erklären, dass eine Beendigung der Verhandlungen nur dann vorgesehen ist, wenn die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht gegeben ist oder in elementaren Punkten keine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden konnte.

Das Scheitern der Verhandlungen muss schriftlich und unter Angabe der Gründe bekannt gegeben werden.

gez. B. Haak  
Hauptamt

.....

.....